Der schweizerische Bundesrat hat der vorstehenden Verordnungsänderung am 7. Dezember 1932 die Genehmigung erteilt. Sie ist damit in Kraft getreten.

S a r n e n, den 10. Dezember 1932.

Für die Ständekanzlei,

Der erste Landtschreiber:

J. Birz.

Verordnung über das Reklamewesen

(Vom 4. Januar 1933.)

Der Regierungsrat

des Kantons Unterwalden ob dem Wald,

unter Hinweis auf Art. 702 des Zivilgesetzbuches und Art. 132 des Einführungsgesetzes dazu,

verordnet:

I. Gebühren.

Art. 1.

Vor dem Anbringen einer Reklame (Plakat, Aufschrift, graphische oder plastische Darstellung usw.) im Freien oder im Innern eines der Öffentlichkeit zugänglichen Gebäudes oder Lokales ist eine Gebühr zu entrichten.

Art. 2.

Gebührenfrei sind:

- a) Die amtlichen Plakate;
- b) die Plakate betreffend Ausübung der politischen Rechte der Bürger;
- c) die Plakate der einheimischen religiösen, gemeinnützigen,

- wohlthätigen und patriotischen Vereine und Gesellschaften;
- d) die Plakate auswärtiger Vereinigungen und Institutionen gleichen Charakters, wenn der Regierungsrat die Befreiung von der Gebühr bewilligt;
 - e) die Fahrpläne der konzessionierten Transportunternehmungen, sofern keine Reklamen zugunsten Privater damit verbunden sind;
 - f) die Reklamen, welche sich nur auf den Handel und das Gewerbe beziehen, die im betreffenden Gebäude oder auf dem betreffenden Grundbesitz ausgeübt werden, sofern sie nicht über den eigenen Luftraum hinausragen;
 - g) die Plakate usw., die ausschließlich im Interesse des Publikums angebracht sind (Wegweiser, Warnungstafeln usw.).

Art. 3.

Für den Bezug der Gebühr werden vier Arten von Reklamen unterschieden:

- a) Die temporären, d. h. die auf gewöhnlichem Papier hergestellten Plakate;
- b) die Dauerreklamen, d. h. solche auf anderm Material als gewöhnlichem Papier (besonders hergestelltes oder gesichertes Papier, Leinwand, Holz, Glas, Metall, Stein, Email usw.). Als Dauerreklamen werden auch die Plakate auf gewöhnlichem Papier betrachtet, die ständig im Innern eines der Öffentlichkeit zugänglichen Gebäudes oder Lokales angebracht sind, und diejenigen, die gegen Witterungseinflüsse geschützt sind;
- c) die Lichtreklamen durch Projektion;
- d) die sogenannte fliegende Reklame (Vertragen von Reklamezetteln, Herumtragen von Plakaten usw.).

Art. 4.

Für die Reklamen sind folgende Gebühren zu entrichten:

- a) Für die temporären Plakate pro Monat:

- bis und mit 60 dm² Fläche 30 Rappen,
 bis und mit 120 dm² Fläche 50 Rappen,
 größere Flächen 80 Rappen.
- b) Für Dauerreklamen wird die Gebühr pro Jahr berechnet und beträgt für den m² Fläche und Bruchteil Fr. 8.— Die im Innern eines der Öffentlichkeit zugänglichen Gebäudes oder Lokales angebrachten Plakate bezahlen die Hälfte dieser Gebühr.
- c) Für die Lichtreklame durch Projektion ist eine Gesamtgebühr im Verhältnis der Größe der Projektionswand zu bezahlen. Die Gebühr beträgt Fr. 5.— pro m² oder für einen Bruchteil davon. Die Gebühr für Reklamefilme beträgt Fr. 10.— pro Aufführung.
- d) Für die fliegende Reklame beträgt die Gebühr Fr. 5.— bis Fr. 10.— pro Tag.

Das kantonale Polizeidepartement kann neben dieser Gebühr eine Kaution verlangen zur Sicherung von Ansprüchen, die entstehen, wenn die Plakate u. dgl. nicht fristgerecht und sauber entfernt werden, z. B. bei den Zirkusreklamen.

Art. 5.

Die Erneuerung der Gebühr für die Dauerreklame geschieht ohne Unterschied jeweilen im Monat Januar.

Art. 6.

Die Gebühren gehen zur Hälfte in die Staatskasse.

Die andere Hälfte wird den Verkehrs- und Verschönerungsvereinen der Gemeinden zugewiesen, und zwar im Verhältnis der Einnahmen in den betreffenden Gemeinden.

Die Vereine haben die Gebühren zur Hebung des Fremdenverkehrs oder zur Verschönerung der Landschaft zu verwenden und dem kantonalen Polizeidepartement jährlich den Jahresbericht und das Rechnungsergebnis mitzuteilen.

Kommt ein Verein diesen Vorschriften nicht nach, so kann ihm der Regierungsrat die Auszahlung seines Gebührenan-

teils verweigern und diesen dem betreffenden Einwohnergemeinderat zuweisen. Dies geschieht auch dann, wenn in einer Gemeinde ein Verkehrs- und Verschönerungsverein nicht besteht.

Der Einwohnergemeinderat verwendet die ihm zugewiesenen Gebühren zur Hebung des Fremdenverkehrs oder zur Verschönerung der Landschaft oder für sonstige gemeinnützige oder für wohlthätige Zwecke.

Die Polizisten besorgen die Kontrolle der Reklamen und kassieren die Gebühren ein gegen eine Vergütung von 8 % der Einnahmen.

II. Polizeiliche Bestimmungen.

Art. 7.

Die Reklamen sind vor dem Anbringen dem kantonalen Polizeidepartement zur Genehmigung vorzulegen. Das Departement kann das Genehmigungsrecht im Einzelfall oder für bestimmte Reklamekategorien generell an den Einwohnergemeindepäsidenten delegieren.

Reklame und andere Plakate beleidigenden Charakters und solche, die gegen die öffentliche Ordnung, den Anstand oder die gute Sitte verstoßen oder die das Ortschafts- und Landschaftsbild verunstalten, sind verboten.

Art. 8.

Das Anbringen von Reklamen, Plakaten, Aufrufen usw., auch von solchen, die gebührenfrei sind, ist verboten: An Kirchen, Kapellen, Friedhofmauern, Denkmälern, geweihten oder historischen Stätten, an kantonalen oder kommunalen Gebäuden, an Straßenmauern und auf der Straßenfläche.

Ausgenommen von diesem Verbot sind von den Gemeindebehörden (Art. 9) bezeichnete öffentliche Anschlagstellen.

Verboten ist auch das Werfen von Lichtbildern auf die in Abs. 1 bezeichneten Objekte.

Art. 9.

Die Einwohnergemeinderäte sind befugt, das Anbringen der Plakate auf bestimmte Anschlagstellen zu beschränken.

Sie sind auch berechtigt, das Plakatwesen an ein Unternehmen (Plakatgesellschaft oder Private) zu verpachten.

Wo Ortsgemeinden sich verfassungsgemäß konstituiert haben, können die genannten Befugnisse vom Einwohnergemeinderat an diese delegiert werden.

Die Vorschriften oder Verträge nach Abs. 1 und 2 bedürfen der Genehmigung des Regierungsrates.

Die Bestimmungen vorliegender Verordnung bleiben im vollen Umfang vorbehalten.

III. Strafbestimmungen.

Art. 10.

Wer eine der Gebühr unterworfenen Reklame ohne Entrichtung der Gebühr und wer eine Reklame ohne Genehmigung (Art. 7 Abs. 1) anbringt oder anbringen läßt, verfällt in eine Buße bis Fr. 100.—. Zugleich ist die Gebühr nachzuzahlen.

Wer verbotene Reklamen oder Plakate (Art. 7 Abs. 2) oder wer gestattete Reklamen oder Plakate an verbotenen Stellen (Art. 8 und 9) anbringt oder anbringen läßt, verfällt in eine Buße bis Fr. 200.—.

Wer ein von dieser Verordnung abhängiges Plakat abreißt oder beschädigt oder beschmutzt, wird mit einer Buße bis Fr. 30.— bestraft.

Reklamen, für welche die Gebühr nicht entrichtet oder nicht rechtzeitig erneuert oder die Genehmigung nicht eingeholt wurde, und verbotene Reklamen und Plakate überhaupt können durch die Polizei auf Kosten der Fehlbaren entfernt werden.

Art. 11.

Die Bußen werden durch das kantonale Polizeidepartement oder die Untersuchungs- und Ueberweisungsbehörde ausgefällt und sind gemäß Verfassung weiterziehbar.

IV. Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

Art. 12.

Bereits bestehende, durch diese Vorschriften als unzulässig erklärte Reklamen und Plakate sind innert sechs Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung zu entfernen.

Art. 13.

Das kantonale Polizeidepartement ist mit dem Vollzuge dieser Verordnung betraut. Es erläßt die nötig erscheinenden Ausführungsvorschriften.

Die Verfügungen des kantonalen Polizeidepartements sind auf dem Rekurswege innert zehn Tagen nach Zustellung an den Regierungsrat weiterziehbar.

Die Rekursbehörde entscheidet auf Gesuch hin, ob im einzelnen Falle dem Rekurse aufschiebende Wirkung zukommen soll.

Art. 14.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft und es verliert damit die Plakatsteuerverordnung vom 5. März 1913 ihre Wirksamkeit.

S a r n e n, den 4. Januar 1933.

Im Namen des Regierungsrates,

Der Landstatthalter:

W. Amstalden.

Der erste Landsschreiber:

J. Wirz.